

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abends für den Goldmark Tag. Bezugspreis freibleibend bis zum Monat eine Goldmark. Schriftleiter: — Johannes Särchen, Baruth (Markt). Fernsprecher Nr. 17. — Postsekretariat: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebühres.



Anzeigenpreis: Die sechseckige Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreieckige Kleinzeile (30 mm) 10 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Markt). Für Anzeigen an vorgezeichneten Stellen, ferner für unbedingte geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 20

Sonntagabend, den 14. Februar

1925

Grubenunglück in Dortmund.

135 Todesopfer, bisher 119 Leichen geborgen. — Reichstagsbesuch Dr. Luthers in Dortmund eingetroffen. — Beileidskundgebung im Reichstag. — Vollständige Aufgabe des Personalabbaues. — Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen am Scheitern.

Eine Schlagwetterkatastrophe in Dortmund.

Dortmund, 12. Febr. Die Zahl der Toten bei der Katastrophe auf der Zeche „Minister Stein“ wird sich endgültig auf 130 belaufen. Die ganze unterirdische Belegschaft der Mittagschicht, die 136 Mann zählte, ist der schrecklichen Katastrophe zum Opfer gefallen. Es konnten nur 7 Mann, die bei dem Zusammenbrechen der Grubenbaue nicht eingeschlossen wurden, lebend, aber mit mehr oder weniger schweren Verletzungen gerettet werden. Von ihnen ist indessen einer auf dem Transport ins Krankenhaus gestorben. Die jetzt noch in der Grube befindlichen 30 Bergleute sind nach menschlichem Ermessen tot. Durch die gewaltige Explosion ist die Wetterführung auf der ersten Sohle für abziehende Luft unterbrochen worden, so daß die giftigen Gase keinen Abzug haben. Bei der Unglückschichtanlage handelt es sich um Schacht 3 der Zeche „Minister Stein“, einen sogenannten Luftschacht, der in der Hauptsache zu Selbstfahrläufen diente. Kohlen wurden auf dieser Zeche nur zum Selbstverbrauch und für die Belegschaften gefördert. In unmittelbarer Nähe liegt die Bergarbeiterkolonie Sirdorf, die durch die Katastrophe in die tiefste Trauer versetzt worden ist, weil die Bergarbeiter, die zum großen Teil Familienwörter sind, mit wenigen Ausnahmen in dieser Kolonie wohnten.

Doch nach den ersten zwei Stunden wurde es leider klar, daß die Schlagwetterkatastrophe fürchterliche Folgen gehabt haben mußte. Die Gänge in den Stollen waren zum Teil verschüttet, was auf längeren Strecken durch Gesteinsbrüche jedes Vorwärtstreiben verhindert. Die Hoffnung, daß es den Belegschaften gelingen sein könnte, sich in Querstellen zu retten, war bei der Größe der Explosion von vornherein nicht allzu wahrscheinlich. Bis zum Morgengrauen hatte man nur etwa 80 Leichen geborgen und an die Hinterbliebenen gebracht. Auf der Grube selbst, wo die Frauen der eingeschaffenen Mannschaften mit ihren Kindern harren, spielten sich herzzerreißende Szenen ab, als nach den Stunden der Ungewißheit die ersten Opfer an die Oberfläche gebracht wurden. Auf Wahrheit schaffte man die Opfer der Katastrophe in die nahe gelegene Verwaltungsgebäude, wo sie zunächst aufgebahrt wurden. Morgens um 5 Uhr wurden die total erschöpften Rettungsmannschaften abgelöst.

Die amtliche Meldung über das Grubenunglück besagt, daß nicht damit zu rechnen ist, daß auch nur ein einziger der abgetrennten Bergleute noch am Leben und zu retten ist. Der größte Teil der bisher geborgenen Toten ist auf der Flucht vor den giftigen Schwaden erreicht und getötet worden.

Ueber die Ursache der Explosion ist immer noch kein positiver Aufschluß möglich. Verwahrung und Vertreter der Bergbehörde haben alle Maßnahmen für die Untersuchung eingeleitet.

Reichstagsbesuch Dr. Luthers am Unglücksstätte.

Auf die Nachricht von dem Dortmund Grubenunglück hat Reichstagsbesuch Dr. Luthers (Donnerstag) mittags seinen Besuch bei der Badischen Staatsregierung in Karlsruhe abgedrückt und sich an die Unglücksstätte begeben, wo er um 11 Uhr nachts eintraf. Der Reichstagsbesuch hat an den Oberbürgermeister Dr. Eichhoff folgenden Beileidsbesuch ergoßen: „Die Schredensnachricht von der Katastrophe auf der Zeche „Minister Stein“ hat mich auf das tiefste erschüttert. Sprechen Sie, bitte, den Angehörigen der Opfer meine herzlichste Teilnahme aus, die ich ihnen sobald als möglich auch persönlich zum Ausdruck bringen werde.“

Eine Trauerkundgebung im Reichstage.

Berlin, 12. Febr. Die heutige Reichstags-Sitzung begann mit einer sehr würdevollen und eindrucksvollen Gedächtnisrede des Präsidenten Lohde auf die Opfer der schrecklichen Grubenkatastrophe. Bei Dortmund... Präsident Lohde betonte dabei, daß man dem Mitgefühl mit den Angehörigen der Opfer nur dann würdigen Ausdruck geben könne, wenn man sich bemühe, soweit menschliche Möglichkeiten dazu imstande seien, in Zukunft solche furchtbaren Unglücksfälle zu verhindern und andererseits alles zu tun, um den Angehörigen die ärmsten Lasten des Un-

glücks zu erleichtern. — Dann setzte das Haus die zweite Lesung des Haushaltsplanes beim Reichsarbeitsministerium fort und beschloß sich eingehend mit dem Reichsberufungsamt.

Die Bergungswerkzeuge.

Dortmund, 12. Febr. Nach Angaben der Rettungsmannschaft sind die Sohlen zwei und drei jetzt von Toten frei. Dagegen nehmen die Arbeiter auf Sohle eins einen außerordentlich langwierigen Verlauf, vor allem weil die noch nicht geborgenen Leichen hinter starken Bruchmassen liegen und der Ort zum Teil verpumpt ist, was die Gefahr für die Rettungsmannschaften verstärkt. Immer wieder werden durch Gasvergiftung in Mitteleidenschaft gezwogene Rettungsleute zur Verbandstube gebracht. Bei fünf von ihnen ist der Zustand bedenklich. Ein Rettungsmann ist gestorben. Gegen 7 Uhr abends sind noch nicht alle bisher geborgenen Leichen identifiziert, und dabei verlängern sich die erschütternden Reihen der Toten noch immer. Brandwunden weist nur der kleinere Teil der Leichen auf. Die meisten tragen die typischen Merkmale des Erstschlagszodes. Mehrere scheinen betäubt und eingeschlagen zu sein. Bis jetzt sind 119 Tote geborgen. Morgen früh findet eine weitere Untersuchung der Unglücksursache statt. Der Tag der Beerdigung ist noch nicht festgesetzt.

Die Kangerrede in Stuttgart.

Stuttgart, 11. Febr. Nach dem Empfang der württembergischen Minister durch den Reichstanzler im Staatsministerium fand ein Preisgebänd statt. Im neuen Palais fand am Abend ein feierliches Zusammenkommen statt, an dem die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden sowie Vertreter aller Berufsstände teilnahmen. Staatspräsident Wajala hielt eine Begrüßungsansprache, in der er u. a. bemerkte, daß der Name Berlin seit einigen Jahren seinen guten Klang in deutschen Landen bekommen habe, wobei man ja nicht an die Bevölkerung Berlins, sondern an die dort gemachte Politik denke. Die Aufmerksamkeit der Reichstanzler im engeren Kreise der württembergischen Regierung über manche wichtige Fragen des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern gegeben habe, hätte in zweifacher Hinsicht doch recht beruhigend geklungen. Besonders erfreulich sei, daß Dr. Luthers in einer Zeit, wo Minister und Reichstanzler dahingehen wie das Abendrot, schon seit etwa 2 Jahren im Dienste des Reiches gestanden sei. Mancher stille Vorwurf knüpfte sich an seine Tätigkeit, insbesondere beim Aufwärtstreiben. Aber die entsprechenden Maßnahmen seien zu jener Zeit notwendig gewesen, bedeuteten aber nichts gegenüber der größten Tat, der Rettung des deutschen Volks vor vollständigem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch. Der Staatspräsident betonte, daß der Kanzler das Vertrauen des württembergischen Landes in seinen weitesten Teilen besitze, und hieß ihn nochmals im Namen des württembergischen Volkes aufs herzlichste willkommen. — Dr. Luthers erwiderte, auch er habe in seiner Tätigkeit als Oberbürgermeister von Essen die Erfahrung gemacht, daß die Liebe für die Reichsstaatspflicht nicht überall ganz gleichmäßig entwickelt sei, daß es sich aber doch nur um kleine Störungen gehandelt habe. Die Pflicht, auf der die gegenwärtige Reichsregierung aufgebaut sei, sei eine Mehrheitsregierung und als solche ja doch eigentlich die allein in Betracht kommende Regierungsform für den parlamentarischen Staat. Wohl könne man sich gelegentlich auch mit einer Minderheitsregierung abfinden. Die schweren gesellschaftlichen Aufgaben, die jetzt im Reiche zu lösen seien, müßten auf der festen tragfähigen Grundlage einer Regierungsmehrheit gelöst werden. Die Tendenz der Regierung, die der Kanzler zu führen habe, werde immer sein, für die bedürftigsten Schichten Entschädigungen in der Innenpolitik eine so breite Grundlage zuzubringen, die alle Staatsbehörden Kräfte — und der große überwiegende Teil des deutschen Volkes bestesse aus solchen — miteinander vereine. Im weiteren Verlaufe seiner Rede nahm der Kanzler auf die kulturelle und wirtschaftliche Lage Württembergs Bezug, wobei er insbesondere an die ehrwürdige Gestalt des Grafen Zeppelin erinnerte. Die Rede des Kanzlers wurde mit feierlichem Beifall und Handclatschen aufgenommen.

Die erste Lesung am März.

Berlin, 12. Febr. Der zum Ministerpräsidenten gewählte frühere Reichstanzler Marx hatte gestern mittag mit Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung im Landtage Besprechungen. Ueber seine Führungsnahme mit der Wirtschaftlichen Vereinigung verlautet, daß die Fraktionsvertreter,

die Abg. Labandorf und Müller-Franken Herrn Marx seinen Zweifel darüber ließen, daß für sie jede Diskussion sich erwidern die sich auf die Unterstützung einer auf die Weimarer Koalition begründeten Regierung besiehe. Ein Ministerium, in dem Minister wie Seebing und Hirtler seien, sei für die Wirtschaftliche Vereinigung und Mittelstandspartei einschließlich der Hannoveraner untragbar. Die Abgeordneten fügten die Bitte hinzu, man möge den bewußten Fälschungen, die besonders in der Zeitungspressen zutage treten, den Boden entziehen, die fortgesetzt Meinungsverschiedenheiten zwischen Hannoveranern und den Wirtschaftsparteikern in der Wirtschaftlichen Vereinigung desportieren. Der Abg. Müller-Franken betonte bei dieser Unterredung, an der auch Staatssekretär Dr. Weismann teilnahm, die Notwendigkeit einer Reichsregierung. Die Deutschnationalen hätten einen Anspruch darauf, zu zeigen, was sie könnten, man dürfe sie nicht dauernd zur Oppositionspartei machen.

Neue Unterbrechung der Pariser Verhandlungen.

Paris, 11. Februar. Der Pariser Verhandlungen der deutschen und der französischen Handelsvertreterdelegation hat eine Unterbrechung stattgefunden, in deren Verlauf es nicht möglich war, eine geeignete Verhandlungsbasis zu finden. Es hat sich herausgestellt, wie große Schwierigkeiten noch zu überwinden sind, wenn bezüglich der Bestimmungen für das Handelsprotokoll und bezüglich der Bestimmungen für den erprobtesten Handelsvertrag eine Einigung erfolgen soll. Unter diesen Umständen ist bereits eine weitere Besprechung der beiden Delegationen nicht vereinbart worden. An den Verhandlungen haben die beiden Delegationsführer nicht teilgenommen.

Der Handelsvertrag mit Amerika.

Washington, 11. Februar. Der Senat hat den Handelsvertrag zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten nach kurzer Debatte ohne namentliche Abstimmung angenommen, da keine Einwände nach dem bereits angenommenen neuen Vorbehalt beseitigt worden waren. Nach diesem Sachverhalt sollen die Bestimmungen des Vertrages gegen Vorzugszölle automatisch innerhalb von 60 Tagen aufgehoben werden, wenn der Kongress ein Gesetz zugunsten der Vorzugszölle angenommen hat, vorausgesetzt, daß die Annahme eines solchen Gesetzes nicht innerhalb von 10 Monaten nach Inkrafttreten der Ratifikationen erfolgt. Der Vertrag enthält ferner einen bereits gemachten Vorbehalt, der beiden Ländern das Recht einräumt, die Einwanderung zu überwachen.

Die Untersuchung gegen Dr. Hüffe.

Berlin, 11. Februar. Nach der Verhaftung des früheren Reichsstaatsministers Hüffe hat die Staatsanwaltschaft unter Leitung des Oberstaatsanwalts Dr. Linde sehr eingehend geprüft, welche Schritte im Zusammenhang mit dieser Affäre zunächst zu unternehmen sind. Die Staatsanwaltschaft hat mittlerweile weitere Schritte in der Richtung unternommen, die Hüffe sie die Zentrumspartei zu veranlassen suche, den Oberpräsidenten Lange-Gegeermann zur Mandatarniederlegung zu veranlassen. Gegen Lange-Gegeermann schwebt ein Ermittlungsverfahren wegen Teilnahme am Betrug und wegen Untreue. Daneben wurde vom Finanzamt eine Aktion eingeleitet, die ergeben soll, inwieweit sich Hüffe, Lange-Gegeermann, Bauer und der Berliner Polizeipräsident Richter der Steuerhinterziehung schuldig gemacht haben. Gegen Richter ist weiter ein Ermittlungsverfahren wegen passiver Bestechung eingeleitet worden. Ob die Angelegenheit auf diesen Kreis beschränkt bleibt, ist noch sehr ungewiß, da von verschiedenen Seiten heute wieder mit weiteren Enttarnungen gedroht wird, wenn die Leute, die es angeht, es nicht vorziehen sollten, von sich aus die Konsequenzen zu ziehen, zum mindesten aber, sich größter Zurückhaltung bei der öffentlichen Behandlung der ganzen Affäre zu befleißigen.

Reichspräsident nach Köln.

Auch der Reichspräsident hat aus Anlaß des großen Grubenunglücks an den Oberberghauptmann in Dortmund ein Beileidstelegramm gerichtet:

Reichstanzler Dr. Luthers fertigte am Mittwoch der württembergischen Regierung seinen Anteilbesuch ab.

Das Thüringische Staatsministerium hat für den am ersten März stattfindenden Gedentag für die Opfer des Weltkrieges angeordnet, daß in Stadt und Land würdige Gedenktage abgehalten werden. Luftballons sollten unterbleiben. Die Kirchenbehörden sind am Aufführung von Truergottesdiensten und Glockengeläut gebeten worden.

Der Jahrestag der Krönung des Papstes wurde